



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**22. Sitzung des Hauptausschusses**

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.09.2019
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:02 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
<b>Anwesende Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
Peter Petereit - SPD	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Thorsten Fürter
Dagmar Hildebrand - CDU	
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis 18:48 Uhr / TOP 12.1
Ulrich Krause - CDU	
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL	
Oliver Prieur - CDU	
Thomas Rathcke - FDP	
Peter Reinhardt - SPD	
Bernhard Simon - CDU	
Heiko Steffen - AfD	Vertretung für: Herrn David Jenniches
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen	
Katjana Zunft - Die Linke	
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>	
Lothar Möller - BfL	
<b>Verwaltung</b>	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	ab 16:38 Uhr/ TOP 2.2
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	

Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	bis 18:55 Uhr / TOP 14.3
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	öffentlicher Teil bis 18:45 Uhr / TOP 10
<b>Protokollführung</b>	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	ab 17:15 Uhr / TOP 4.4 bis 18:45 Uhr / TOP 10
Jürgen Cladow - Seniorenbeirat	bis 18:45 Uhr / TOP 10
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
David Jenniches - AfD	- entschuldigt -
<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung	
2	Niederschriften	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2019	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie	<b>VO/2019/07774</b>
3.1.1	Antwort zur Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie	<b>VO/2019/07774-01</b>
3.2	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen	<b>VO/2019/07988</b>
3.2.1	Antwort auf Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth, HA vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom	<b>VO/2019/08122</b>
3.3	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie	<b>VO/2019/07998</b>
3.3.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie	<b>VO/2019/07998-01</b>
3.4	Haushaltsvorlage 2020 - Beantwortung der Fragen aus der Sitzung des Hauptausschusses am 10.9.2019	<b>VO/2019/08181</b>
3.5	CDU - Anfrage von BM Ulrich Krause: Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros	<b>VO/2019/08192</b>
3.6	NEU: mündliche Anfrage des AM Hildebrand (CDU) betr. Sachstand Evaluationsbericht Hausmeisterdienste	
3.7	NEU: mündliche Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Förderanträge Feuerwehrgerätehäuser	
3.8	NEU: mündliche Mitteilung des AM Zunft (Die Linke) betr. Gleichstellungsthemen	
3.9	NEU: mündliche Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die	

	Grünen) betr. die Personalsituation im Büro der Bürgerschaft	
3.10	NEU: mündliche Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. mobile Jugendarbeit	
3.11	NEU: mündliche Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. das Mietobjekt für Verbraucherzentrale Fleischhauerstr. 45	
3.12	NEU: mündliche Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Finanzierung des ePunkt	
4	Berichte	
4.1	Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten	<b>VO/2019/07422</b>
4.2	Monitoring-Bericht 2018 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck	<b>VO/2019/07661</b>
4.3	Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung	
4.4	Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement	<b>VO/2019/07950</b>
4.5	Prüfung der Befangenheit von BM Herrn Detlev Stolzenberg nach § 22 GO	<b>VO/2019/08133</b>
4.6	Klimanotstand - Anforderungen an den Haushalt 2020	<b>VO/2019/08081</b>
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde	<b>VO/2019/07664</b>
5.2	Hansestadt Lübeck - Jahresabschluss 2014	<b>VO/2019/07827</b>
5.3	Stiftung Vereinigte Testamente - Jahresabschluss 2011	<b>VO/2019/07828</b>
5.4	Stiftung Kriegsoferdank - Jahresabschluss 2012	<b>VO/2019/07831</b>
5.5	Stiftung Haus der Jugend - Jahresabschluss 2012	<b>VO/2019/07858</b>
5.6	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018	<b>VO/2019/07990</b>
5.7	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInneneinrichtungen	<b>VO/2019/07993</b>
5.8	Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH)	<b>VO/2019/08059</b>

5.9	Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente (VT))	<b>VO/2019/08060</b>
5.10	Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	<b>VO/2019/08036</b>
5.11	Wirtschaftsplan 2020 der Lübecker Schwimmbäder	<b>VO/2019/08090</b>
5.12	Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres 2019 der Theater Lübeck gGmbH	<b>VO/2019/08111</b>
5.13	Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall	<b>VO/2019/07869</b>
5.14	Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 20.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland (Kindereisbahn) im Jahr 2019	<b>VO/2019/07941</b>
5.15	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland im Jahr 2019	<b>VO/2019/07942</b>
5.16	Annahme von Zuwendungen der Possehl-Stiftung für den Wissensglobus (35.000,00 EUR und 10.000,00 EUR), die Jugendberufsagentur (23.000,00 EUR) und den Lübecker Wissenschaftspfad (39.000,00 EUR)	<b>VO/2019/08137</b>
5.17	Freigabe für die Mehrkosten zur Umsetzung des 2. + 3. BA der Energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck, über 175.000,00 EUR	<b>VO/2019/07972</b>
5.18	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92	<b>VO/2019/07995</b>
5.19	Projektfreigabe zur Umsetzung der Sanierung der GGS Julius-Leber-Schule, Marquardplatz 7, 23554 Lübeck, über 175.000,00 EUR	<b>VO/2019/08071</b>
5.20	Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - Satzungsbeschluss	<b>VO/2019/08075</b>
5.21	Lübeck "Altstadt" - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme im Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz"	<b>VO/2019/08079</b>
5.22	Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2019 zur Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Brücken St.-Lorenz und Roter Löwe	<b>VO/2019/08107</b>
5.23	Freigabe zur Fortführung der Maßnahmen der Brandschutz- und Elektrosanierung in den Liegenschaftsstandorten B. Schröder-Schule und E.-Geibel-Schule über 175.000,- EUR	<b>VO/2019/08123</b>

	sowie außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019	
5.24	Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung der OzD in ein Gesundheitszentrum über 175.000,00 Euro	<b>VO/2019/08028</b>
5.25	Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen	<b>VO/2019/08002</b>
5.26	Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020	
5.27	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Produkt Rettungsdienst	<b>VO/2019/08144</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Gendergerechte Sprache Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
8.1	Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung	<b>VO/2019/07898</b>
8.2	Gendergerechte Sprache Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019	<b>VO/2019/07922</b>
8.3	Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020	<b>VO/2019/08009</b>
9	Verschiedenes	
9.1	NEU: mündliche Anmerkung des AM Rathcke (FDOP) betreffend die Teilnahme des Seniorenbeirates an nichtöffentl. Sitzungen	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1      Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung</b>
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen noch zur heutigen Sitzung eingereicht wurden:

**NEU - TOP 3.5/VO 8192**

Anfrage von BM Ulrich Krause betr. Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros

Der Vorsitzende beantragt die Zuordnung des TOP 4.3 VO/2019/0798 neu unter TOP 8.1, sowie die Zuordnung des TOP 6.1 VO2019/07922 neu unter TOP 8.2.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der geänderten Zuordnung der TOP 4.3 und 6.1 zu.***

Frau Zunft beantragt die Zuordnung des TOP 5.26 VO/2019/08009 neu unter TOP 8.3.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der geänderten Zuordnung des TOP 5.26 zu.***

Herr Bürgermeister Lindenau kündigt an, dass er unter TOP 12 eine Mitteilung zu den Stadtwerken Lübeck machen werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 11.1 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 11.2 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.***

Der Vorsitzende beantragt die Vorziehung der Beratung zu TOP 14.3, da hierzu eine Person anwesend sei. Die Beratung solle direkt im Anschluss an TOP 11 erfolgen.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vorziehung der Beratung des TOP 14.3 zu.***

<b>zu 2      Niederschriften</b>
----------------------------------

<b>zu 2.1      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019</b>
---

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.***

<b>zu 2.2      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2019</b>
---

Herr Steffen kritisiert, dass der Niederschrift nicht die Antworten zu den jeweils gestellten Fragen zu entnehmen seien.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es sich um kein Wortprotokoll, sondern um ein Ergebnisprotokoll handle. Es werde jedoch darauf geachtet, dass dieses nachvollziehbar verfasst werde.

Da die Niederschrift erst kurzfristig vorlag, bitten die Mitglieder des Hauptausschusses um Vertagung der Genehmigung.

***Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück.***

<b>zu 3      Anfragen / Antworten / Mitteilungen</b>
--

**zu 3.1**     **Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie**  
**Vorlage: VO/2019/07774**

**zu 3.1.1**   **Antwort zur Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie**  
**Vorlage: VO/2019/07774-01**

Keine Wortmeldung

**Beschluss:**

Anfrage von AM Fürter und AM Flasbarth.

*Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.*

**zu 3.2**     **Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen**  
**Vorlage: VO/2019/07988**

**zu 3.2.1**   **Antwort auf Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth, HA vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom**  
**Vorlage: VO/2019/08122**

Herr Dr. Flasbarth merkt an, dass Frage 7 dahingehend gerichtet war, ob die Hansestadt Lübeck an den aktuellen Verhandlungen beteiligt sei. Herr Kaschle teilt hierzu mit, dass die Hansestadt Lübeck derzeit nicht in Gesprächen involviert sei.

Herr Dr. Flasbarth regt Herrn Bürgermeister Lindenau gegenüber an, sich an den aktuellen Gesprächen zu beteiligen. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Thematik des Landstroms derzeit von allen Beteiligten rückläufig behandelt werde. Vielmehr liege der Schwerpunkt auf LNG. Er nehme die Anregungen jedoch gerne auf und als Anlass zur Prüfung der aktuellen Diskussionen im Ostseeraum.

**Beschluss:**

Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth aus Hauptausschuss vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom.

Allgemeine Vorbemerkung:

Der vorliegende Berichts- bzw. Anfragewunsch betrifft den Zuständigkeitsbereich einer städtischen Gesellschaft. Die Anfrage bzw. der Berichtsauftrag ist deshalb zuständigkeitshalber an diese Gesellschaft weitergeleitet worden und die Beantwortung der gestellten Fragen ist durch die Stadtwerke Lübeck GmbH am 11.09.2019 dem Fachbereich übersandt worden.

Aufgrund der Tatsache, dass städtische Eigengesellschaften keine eigenen Berichte in die Gremien der Hansestadt Lübeck einbringen können und dieses nur dem Fachbereich möglich ist, geschieht dieses mit dem Deckblatt des Fachbereiches Wirtschaft und Soziales. Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales weist darauf hin, dass für Inhalte und Umfang der Antworten ausschließlich die Gesellschaften selbst verantwortlich sind. Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales wird zu den einzelnen Anfragen bzw. Berichten nur dann eigene Anmerkungen machen, wenn auch städtische Verwaltungseinheiten von gestellten Fragen betroffen sind und zu den Mitteilungen der Gesellschaften entsprechende Ergänzungen notwendig sind.

**Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.**

**zu 3.3      Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie  
Vorlage: VO/2019/07998**

**zu 3.3.1    Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Digitalstrategie  
Vorlage: VO/2019/07998-01**

Herr Dr. Flasbarth kritisiert, dass der Beteiligungsprozess von Akteur:innen erst nach Vorlage der Strategie vorgesehen sei. Weiterhin fordert er zusätzliche Stellen für die Umsetzung der Digitalstrategie.

Es spricht hierzu Herr Bürgermeister Lindenau unter anderem mit Verweis auf die bereits erfolgte Vorstellung der Eckpunkte.

Herr Rathcke bemängelt in diesem Zusammenhang, dass die VHS seit einem längeren Zeitraum nicht online erreichbar sei und sieht hier drin einen Widerspruch zur Euphorie betreffend die Digitalisierung.

Herr Bürgermeister Lindenau führt hierzu erläuternd aus, dass es sich bei der Software der Volkshochschule um eine bundesweit eingesetzte Software für Volkshochschulen handle, auf deren Support seitens der Hansestadt Lübeck wenig Einflussmöglichkeiten bestehen. Seit dem heutigen morgen sei die Freischaltung der Internetseite wieder erfolgt

**Beschluss:**

Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth

**Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.**

**zu 3.4 Haushaltsvorlage 2020 - Beantwortung der Fragen aus der Sitzung des Hauptausschusses am 10.9.2019**  
**Vorlage: VO/2019/08181**

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.5 CDU - Anfrage von BM Ulrich Krause: Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros**  
**Vorlage: VO/2019/08192**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

**Beschluss:**

Ich bitte den Bürgermeister um Mitteilung des Sachstandes bezüglich der Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros und um Angabe eines voraussichtlichen Eröffnungstermines.

Anfang des laufenden Jahres war im Hauptausschuss sehr konkret über die baulichen und organisatorischen Planungen betreffend die Eröffnung dieser Travemünder Außenstelle im nicht Schule zugeordneten Bereich des Gebäudes der Stadtschule gesprochen worden, dies vor allem vor dem Hintergrund geäußerter Sorgen aus der Elternschaft der Schule. In der weiteren zeitlichen Folge war zu erfahren, dass es Abstimmungsbedarf gegeben habe wegen einer Intervention des Schulrates und dass der Bürgermeister die Angelegenheit in seine Zuständigkeit genommen habe.

Ich bitte nunmehr um Auskunft, ob sich an den räumlichen und/oder organisatorischen Planungen seither etwas geändert hat und wann konkret mit einer Eröffnung der Außenstelle gerechnet werden kann.

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

***Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.***

**zu 3.6 NEU: mündliche Anfrage des AM Hildebrand (CDU) betr. Sachstand Evaluationsbericht Hausmeisterdienste**

Auf Nachfrage von Frau Hildebrand teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass noch in diesem Jahr der Evaluationsbericht Hausmeisterdienste vorgelegt werde.

***Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.7 NEU: mündliche Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Förderanträge Feuerwehrgerätehäuser**

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke teilt Herr Senator Hinsen mit, dass für beide geplanten Feuerwehrgerätehäuser in Kronsforde und Steinrade die Stellung von Förderanträgen erfolgt sei.

***Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.8 NEU: mündliche Mitteilung des AM Zunft (Die Linke) betr. Gleichstellungsthemen**

Frau Zunft plädiert dafür, dass Gleichstellungsthemen, welche in den Fachausschüssen beraten werden im weiteren Verlauf auch auf die Tagesordnung des Hauptausschusses als Gleichstellungsausschuss gesetzt werden.

Herr Bürgermeister Lindenau führt hierzu erläuternd aus, dass es sich um politische Debatten handle, welche über die politischen Vertreter auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen.

Es sprechen im weiteren Verlauf der Vorsitzende, Frau Zunft, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Krause.

***Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.***

**zu 3.9 NEU: mündliche Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Personalsituation im Büro der Bürgerschaft**

Auf Nachfrage von Herrn Kleyer teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Personalsituation im Büro der Bürgerschaft weiterhin kritisch sei.

Es wurde ein Mitarbeiter aus einem anderen Bereich geordert, welcher das Büro der Bürgerschaft vorübergehend unterstütze.

***Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.10 NEU: mündliche Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. mobile Jugendarbeit**

Herr Dr. Flasbarth teilt mit, dass er davon Kenntnis erlangt habe, dass in der mobilen Jugendarbeit drei Stellen entfallen sollen und bittet hierzu um Stellungnahme. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass eine Streichung von Stellen nicht erfolge. Es erfolge im Rahmen der Umsetzung der Jugendhilfeplanung eine neue Definition von Aufgabenschwer-

punkten. Die drei Stellen der mobilen Jugendarbeit widmen sich zukünftig schwerpunktmäßig dem Streetwork in der Innenstadt.  
Es spricht Frau Hildebrand.

***Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.11 NEU: mündliche Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. das Mietobjekt für Verbraucherzentrale Fleischhauerstr. 45**

Herrn Prieur weist darauf hin, dass der Mietvertrag Der Verbraucherzentrale für das Objekt Fleischhauerstraße 45 im Jahr 2020 auslaufe und bittet diesbezüglich um Mitteilung der Planungen zum weiteren Vorgehen.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Verbraucherzentrale keine kommunale Aufgabe sei. Die Finanzierung erfolge schwerpunktmäßig über das Land Schleswig-Holstein. Einzelne Kommunen in Schleswig-Holstein finanzieren zusätzlich freiwillig diese Leistung. Nach Recherchen der Verwaltung erziele die Verbraucherzentrale jährlich Überschüsse. Daher sei nicht zu erkennen, dass durch freiwillige Leistung kostenlos Räume zur Verfügung gestellt werden oder Mietkosten erstattet werden sollen.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Prieur beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass er zum bisherigen Mietverhältnis keine Informationen habe, da dieses mit einem Dritten privaten geschlossen worden sei.

***Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.12 NEU: mündliche Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Finanzierung des ePunkt**

Eine Nachfrage von Herrn Stolzenberg betreffend den aktuellen Stand der Gespräche betreffend den ePunkt, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Verwaltung über die aktuellen Ereignisse überrascht sei. Seit fast drei Jahren sei bekannt, dass die Fördermittel auslaufen.

Grundsätzlich sei ein Gespräch geplant, wie die Ehrenamtsarbeit in Lübeck weitergehen solle. Der Fachbereich 2 habe herausgearbeitet, dass 21 Anlaufstellen tätig seien, welche im Kontakt mit dem Ehrenamt stehen.

Herr Bürgermeister Lindenau beabsichtigt dem Vereinsvorstand des ePunktes einen Vorschlag zur Lösung des Problems unterbreiten ohne Konsolidierungsfond relevant zu werden.

***Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.***

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten  
Vorlage: VO/2019/07422**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung nach der anliegenden Organisationsverfügung von Bürgermeister Herrn Jan Lindenau und Kenntnisnahme der überarbeiteten Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

**zu 4.2 Monitoring-Bericht 2018 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck  
Vorlage: VO/2019/07661**

Herr Rathcke verweist auf Punkt 5 des Berichtes und merkt an, dass eine rechtzeitige Übermittlung der benötigten Daten an das Rechnungsprüfungsamt eine Wertschätzung der dortigen Kollegen bedeute.

Zudem verweist Herr Rathcke auf die unter Punkt 5 dargelegte Empfehlung zur Zentralisierung der Durchführung der Vergabeverfahren und bittet um Mitteilung, ob diesbezüglich Planungen erfolgen.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass der Bereich Logistik, Statistik und Wahlen in Abstimmung mit dem Fachbereich 5 einen Projektauftrag vorbereite. Frau Hagen führt ergänzend aus, dass die Empfehlung als berechtigt angesehen werde, die Umsetzung jedoch noch mindestens ein Jahr dauert.

**Beschluss:**

Beratung, Erörterung und ggf. Empfehlung zum o.g. Monitoring-Bericht 2018 über die durchgeführten Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck.

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

**zu 4.3 Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung**

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem TOP NEU 8.1 zugeordnet.

- Protokollierung siehe unter TOP 8.1 -

**zu 4.4 Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Sitzung des Bauausschusses noch offene Fragen aufgetreten sein.

Frau Senatorin Hagen führt aus, dass der Bauausschuss in seiner Sitzung am 16.09.2019 den Bericht zur Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und um Ergänzung zu folgenden Punkten gebeten habe:

- Personalausstattung
- Personalbedarf/ Aufwand in den städtischen Gesellschaften
- Einbindung in die digitale Strategie der Hansestadt Lübeck
- Synergien

Zu den offenen Fragen gibt Frau Senatorin Hagen folgende ausstehenden Informationen zur Kenntnis:

### **Personalausstattung**

Im Rahmen einer Projektstruktur, die direkt der Fachbereichsleitung zugeordnet ist, sollen die Koordinierungsprozesse mit allen Akteuren definiert und festgelegt werden. Für den Start der Leitstelle sollen zwei neue Fachkräfte eingesetzt werden, die einer Leitung unterstellt sind. Die Leitungsstelle hat dabei die folgenden Aufgaben:

- Projektleitung von der Konzeption über die Entwicklung bis zur Umsetzung
- Gesamtstädtische Steuerung der Leitstelle
- Vertragshaltende Stelle/ Auftragswesen
- Übergreifende Konzeption und Weiterentwicklung des Systems mit allen Akteuren
- Gremien- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Die beiden Fachkräfte haben jeweils folgende Schwerpunkte:

#### Fachkraft 1:

- Fachliche Administration des Systems
- Fachliche Analyse/ umfassende Bewertung von Maßnahmen hinsichtlich der verkehrlichen Wirkung
- Mitarbeit bei der Bauprogrammerstellung

#### Fachkraft 2:

- Technische Administration des Systems (Datenbank- und Schnittstellenverwaltung)
- Organisation der technischen Kommunikation
- Prüfung und Auswertung relevanter Daten, sowie die geeignete georeferenzierte Darstellung der Informationen
- Prozessanalyse und –dokumentation

Darüber hinaus haben die beiden Fachkräfte die folgenden Aufgaben:

- Einflussnahme auf verkehrliche Ziele mit Empfehlungscharakter
- Mitarbeit bei der strategischen Aufgabenplanung
- Organisation und Durchführung von Koordinierungsrunden
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit

### **Personalbedarf/ Aufwand in den städtischen Gesellschaften**

Der bisherige Planungsaufwand in den städtischen Gesellschaften bleibt gleich. Hinzu kommt die Teilnahme als Experten an den Koordinierungsrunden und die Kommunikation der Anforderungen und Ergebnisse nach Innen. Durch eine verlässlichere und planvolle Abstimmung im Vorwege ist damit zu rechnen, dass im weiteren Verlauf die internen Prozesse vereinfacht und schlanker ablaufen können. Dies kann zur Senkung der einzelnen Projektkosten bis hin zur Senkung von Baukosten führen.

Für die aktive Teilnahme an den Koordinierungsrunden und die eigene Planung der Maßnahmen, müssen die Beteiligten einen eigenen Server mit ihren Daten vorhalten. Dies ist erforderlich, um sicherzustellen, dass die städtischen Gesellschaften auch bei der Koordination weiterhin Herren ihrer Daten bleiben und die datenschutzrechtlichen Aspekte gewahrt werden.

Die städtischen Gesellschaften werden bei der Softwareentwicklung mit einbezogen.

### **Einbindung in die in Aufstellung befindliche digitale Strategie**

Mobilität ist eine der wichtigsten Säulen der Digitalen Strategie der Hansestadt Lübeck. Eine der wesentlichen Herausforderungen in einer Smart City ist es, innovative Mobilitätskonzepte eng aufeinander abzustimmen. Die Leitstelle Verkehrsflussmanagement ist die Grundlage für diese intelligenten Mobilitätskonzepte. Nur durch die gemeinsame Planung von Eingriffen in den Straßenverkehr kann der Verkehrsfluss bestmöglich optimiert werden. In weiteren Ausbaustufen könnte die Leitstelle für Verkehrsflussmanagement neben der gemeinsamen Baustellenkoordination auch die intelligente Verkehrslenkung und Parkraumsteuerung auf Basis von Sensordaten übernehmen. Durch den Einsatz und das Orchestrieren von digitalen Lösungen trägt diese Leitstelle wesentlich zum direkten Einfluss auf den Verkehrsfluss bei. Mit gesteigertem Verkehrsfluss werden gleichzeitig Synergieeffekte zum Bereich Umwelt und Energie der Digitalen Strategie erzielt. Zum einen erzeugt fließender Verkehr weniger Belastungen für die Umwelt als stockender Verkehr zum anderen können so wertvolle Ressourcen eingespart werden.

### **Synergien**

Durch die koordinierende Zusammenarbeit können Synergien mit einer Innen- und Außenwirkung erzielt werden.

#### Innenwirkung:

- Verbindlichere Planung beim Haushalt/ Wirtschaftsplan
- Stärkung der fachlichen Expertise
- Wirtschaftlicher Bauablauf z.B. durch gemeinsame Baustelleneinrichtung
- Transparente und frühzeitige Maßnahmenplanung – Stadtverkehr kann z.B. Fahrplanänderungen frühzeitig aufgreifen, Feuerwehr und Rettungsdienst werden einbezogen und erhalten rechtzeitig Informationen über geplante Sperrungen

#### Außenwirkung:

- Spürbare Verbesserung des Verkehrsflusses
- Auswirkung auf die Wirtschaft – auch Standortentscheidend
- Kürzere Sperrzeiten
- Verkehrsteilnehmer:innen werden in die Lösung von Verkehrsflussproblemen eingebunden und so eine bessere Akzeptanz erzielt
- Verbesserte Öffentlichkeitsarbeit
- Perspektivische Einbindung von LBVSH und DB

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Stolzenberg und der Vorsitzende.

### **Beschluss:**

Die Hansestadt Lübeck beabsichtigt eine Leitstelle Verkehrsflussmanagement einzurichten. Übergeordnete Zielsetzung der Leitstelle ist die effektive Unterstützung der Straßenbaulast- und Leitungsträger der Hansestadt Lübeck bei der Entscheidungsfindung, ob, in welchem Umfang und wann eine Baumaßnahme durchgeführt werden soll.

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht***

**zu 4.5 Prüfung der Befangenheit von BM Herrn Detlev Stolzenberg nach § 22 GO  
Vorlage: VO/2019/08133**

*Herr Stolzenberg verlässt aufgrund seiner Befangenheit zu diesem TOP um 17:17 Uhr den Sitzungssaal.*

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass seitens eines Fraktionsmitgliedes von Herrn Stolzenberg eine rechtliche Bewertung des Sachverhaltes vorliege, welche derzeit noch bewertet werde und eine entsprechende Stellungnahme noch nachgereicht werde.

Herr Prieur beantragt, den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Es sprechen im weiteren Verlauf Frau Duggen und Herr Krause.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Prieur abstimmen.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen.***

*Herr Stolzenberg betritt um 17:23 Uhr wieder den Sitzungssaal.*

**zu 4.6 Klimanotstand - Anforderungen an den Haushalt 2020  
Vorlage: VO/2019/08081**

Herr Dr. Flasbarth hinterfragt, wie viele Finanzmittel sowohl investiv als auch konsumtiv für die von der Klimaschutzleitstelle erarbeiteten Maßnahmen eingeplant wurden. Herr Senator Hinsen teilt hierzu mit, dass viele der erarbeiteten Maßnahmen keine finanziellen Aufwendungen bedürfen, sondern vielmehr Verhaltensänderungen.

Auf durch Herrn Rathcke geäußerte Kritik, dass eine konkrete Ergebnisliste mit bereits erreichtem wünschenswert wäre, teilt Herr Senator Hinsen mit, dass bereits im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung eine umfangreiche Präsentation vorgestellt worden sei.

Herr Dr. Flasbarth bittet erneut um überschlägige Finanzaufgaben für anstehende Klimaschutzmaßnahmen.

Es spricht Herr Stolzenberg.

Herr Bürgermeister Lindenau führt aus, dass aufgrund der geringen zeitlichen Spanne zwischen der Beschlusslage und der Haushaltsaufstellung 2020 eine Abbildung der haushaltsrelevanten Klimaprojekte nicht leistbar gewesen sei.

Weiterhin weist Herr Bürgermeister Lindenau darauf hin, dass noch kein einziger Antrag aus der Einwohnerversammlung bisher durch ein Gremium beschlossen worden sei. Ebenso gebe es bisher keine abschließende Willensbildung, wie mit den Anträgen aus der Bürgerschaft umzugehen sei.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Senator Hinsen, Herr Simon und Herr Steffen.

Herr Prieur merkt an, dass die Aufführung von Beschlussvorschlägen in Berichtsvorlagen

eine verwirrende Wirkung habe.

Eine durch Herrn Dr. Flasbarth gestellte Nachfrage betreffend die Möglichkeit zur Erweiterung der Investitionsliste wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau dahingehend beantwortet, dass nach seiner Einschätzung die vorliegende Investitionsliste und damit verbundene Investitionshöhe mehr als ausgereizt sei.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Reinhardt, Herr Senator Hinsen und Herr Kleyer.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck hat am 23.05.2019 den Klimanotstand festgestellt (VO/2019/07738). Aufgrund der frühen Haushaltsaufstellung im September 19 konnten für die Umsetzung des Beschlusses die notwendigen finanziellen und personellen Voraussetzungen nicht mehr rechtzeitig aufgenommen werden.

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

<b>zu 5      <b>Beschlussvorlagen</b></b>
---

<b>zu 5.1      <b>Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde</b> Vorlage: VO/2019/07664</b>
--

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2020 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan

die Erträge	Euro	3.200.000
die Aufwendungen	Euro	4.200.000
die Verlustzuweisung	Euro	1.000.000

1.2 Im Vermögensplan

die Einzahlungen	Euro	1.840.000
die Auszahlungen	Euro	1.840.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionsförderungsmaßnahme auf

Euro	0
------	---

2.2	der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- ermächtigungen auf	Euro	0
2.3	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	Euro	800.000

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<p><b>zu 5.2     Hansestadt Lübeck - Jahresabschluss 2014</b> <b>Vorlage: VO/2019/07827</b></p>
---

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

- 1) Der Jahresabschluss 2014 mit einem „nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ von -95.802.155,44 € (Bilanz) wird gem. 95n Abs. 3 GO S-H zur Kenntnis genommen.
- 2) Der Jahresfehlbetrag von -152.659,91€ (Ergebnisrechnung) ist vorzutragen.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07645) wird zur Kenntnis genommen.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<p><b>zu 5.3     Stiftung Vereinigte Testamente - Jahresabschluss 2011</b> <b>Vorlage: VO/2019/07828</b></p>
--

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

- 1) Der Jahresabschluss 2011 mit einem Jahresüberschuss von 469.649,68 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 2) Die negative Ergebnismrücklage in Höhe von 12.170,92 € wird aufgrund von Korrekturen an der Eröffnungsbilanz gem. § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik zum 31.12.2010 mit der Allgemeinen Rücklage (Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied) verrechnet.
- 3) Dieser Jahresüberschuss wird anteilig (= 187.859,87 €) der **Freien Rücklage** sowie der **Zweckrücklage** (= 281.789,81 €) zugeführt. Die Berechnung ist in der Begründung erläutert.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07648) wird zur Kenntnis genommen.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<b>zu 5.4      Stiftung Kriegsoferdank - Jahresabschluss 2012</b> <b>Vorlage: VO/2019/07831</b>
--

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss 2012 mit einem Jahresüberschuss von 44.664,78 € (Ergebnisrechnung) wird nach § 95 n Abs. 3 GO i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Jahresüberschuss wird anteilig (=3.725,57 €) der Freien Rücklage sowie in 2 Teilen der Zweckrücklage (=35.350,85 € + 5.588,36 €) zugeführt. Die Berechnung ist in der Begründung erläutert.
3. Die negative Ergebnisrücklage in Höhe von 766.375,83 € wird aufgrund von Korrekturen an der Eröffnungsbilanz gem. § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik zum 31.12.2010 mit der Allgemeinen Rücklage (Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied) verrechnet.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07647) wird zur Kenntnis genommen.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<b>zu 5.5      Stiftung Haus der Jugend - Jahresabschluss 2012</b> <b>Vorlage: VO/2019/07858</b>
---

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss 2012 der Stiftung Haus der Jugend mit einem Jahresüberschuss von 3.928,50 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S.H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Jahresüberschuss wird in 2013 der Ergebnisrücklage zugeführt.

Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07646) wird zur Kenntnis genommen.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.6 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018  
Vorlage: VO/2019/07990**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einer Bilanzsumme von € 3.668.745,57, einem Jahresfehlbetrag von € 3.202.331,32 und einem Bilanzverlust von € 3.187.069,23 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2018 in Höhe von € 3.187.069,23 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.7 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInneneinrichtungen  
Vorlage: VO/2019/07993**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2019 werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInnenEinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 838.700,00 € zur Deckung des höheren Verlustes im Wirtschaftsjahr 2018 überplanmäßig gemäß § 95 d GO S-H bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Haushaltsjahr 2019 beim Produktsachkonto 312101000 5461100 SGB II – Leistungen Unterkunft und Heizung in Höhe von 838.700,00 €.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.8 Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH)  
Vorlage: VO/2019/08059**

Herr Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass bei der Kostenmiete Zinsen aufgeführt seien und hinterfragt, um was für Zinsen es sich handle.

Es spricht Herr Senator Schindler.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt zu, dass eine Antwort kurzfristig schriftlich bis zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft nachgereicht werde.

Es sprechen im weiteren Verlauf erneut Herr Dr. Flasbarth und Herr Bürgermeister Lindenau.

**Beschluss:**

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtung Heiligen-Geist-Hospital wird zum 01.01.2020 angepasst und beträgt p.a. 562.624,99 € (bisher 282.844,66 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

*Der Hauptausschuss leitet die Vorlage  
einstimmig ohne Votum an die  
Bürgerschaft weiter.*

**zu 5.9 Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg,  
Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente  
(VT))  
Vorlage: VO/2019/08060**

Entsprechend der Vorlage unter TOP 5.8 ist besteht auch zu dieser Vorlage die offene Frage betreffend der aufgeführten Zinsen.

Der Hauptausschuss verfährt daher analog dem Vorgehen zu TOP 5.8.

**Beschluss:**

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtungen Dreifelderweg, Prassekstraße, Dornbreite und Elswigstraße wird zum 01.01.2020 p.a. 1.307.724,15 € betragen (bisher 970.729,85 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

*Der Hauptausschuss leitet die Vorlage  
einstimmig ohne Votum an die  
Bürgerschaft weiter.*

**zu 5.10 Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)  
Vorlage: VO/2019/08036**

Eine Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Übernahme von Planungsarbeiten durch die Trave GmbH für die Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck beantwortet Herr Senator Schindler dahingehend, dass die Trave lediglich als erster Ansprechpartner für eine Beratung an zwei Nachmittagen gedient habe. Für das Jahr 2020 seien bisher keine

weiteren Beratungen geplant.

Herr Dr. Flasbarth hinterfragt den Mehrwert für Bewohner städtischer Senioreneinrichtungen gegenüber Bewohnern von Einrichtungen gemeinnütziger Träger. Es diskutieren hierzu Herr Bürgermeister Lindenau, Frau Zunft, der Vorsitzende, Herr Senator Schindler und

Eine Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Beauftragung des Gutachtens beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass derzeit die Aufstellung der konkreten Auftragsformulierungen erfolge.

*Frau Hildebrand verlässt um 17:59 Uhr den Sitzungssaal.*

**Beschluss:**

1. Es betragen

1.1	<b>im Erfolgsplan</b>	<b>€</b>
	die Erträge	25.072.200
	die Aufwendungen	28.548.800
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-3.476.600
1.2	<b>im Vermögensplan</b>	
	die Einzahlungen auf	671.500
	die Auszahlungen auf	671.500

2. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 0

2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf 0

2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 3.900.000

3. die Stellenübersicht 2020 (Anlage 8) nebst Änderungsliste (Anlage 8a).

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2020 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2020 zugestimmt.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft  
mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme),  
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<b>zu 5.11    Wirtschaftsplan 2020 der Lübecker Schwimmbäder Vorlage: VO/2019/08090</b>
---

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan 2020 für die Lübecker Schwimmbäder wird in der Fassung der Anlage 1 gemäß §5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.12 Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres 2019 der Theater Lübeck gGmbH  
Vorlage: VO/2019/08111**

*Frau Hildebrand tritt um 18:01 Uhr wieder in den Sitzungssaal ein.*

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Zur Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres werden im Haushaltsjahr 2019 auf dem Produktsachkonto 261001000 5316000 Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige öffentliche Sonderrechnungen 950.000,-- Euro überplanmäßig bewilligt.

Die Deckung der überplanmäßig bewilligten Haushaltsmittel erfolgt aus dem Produktsachkonto 611001000 4013000 Steuern Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen, Gewerbesteuer.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 2 Enthaltungen), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.13 Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall  
Vorlage: VO/2019/07869**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die als Anlage beigefügte 4. Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall wird beschlossen.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.14 Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 20.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland (Kindereisenbahn) im Jahr 2019  
Vorlage: VO/2019/07941**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für die Kindereisbahn des Weihnachtswunderlandes im Jahr 2019 in Höhe von 20.000,00 EUR wird angenommen.

*Der Hauptausschuss beschließt einstimmig  
gemäß Beschlussvorschlag.*

**zu 5.15 Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland im Jahr 2019  
Vorlage: VO/2019/07942**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR für die Durchführung des Weihnachtswunderlandes im Jahr 2019 wird angenommen.

*Der Hauptausschuss beschließt einstimmig  
gemäß Beschlussvorschlag.*

**zu 5.16 Annahme von Zuwendungen der Possehl-Stiftung für den Wissensglobus (35.000,00 EUR und 10.000,00 EUR), die Jugendberufsagentur (23.000,00 EUR) und den Lübecker Wissenschaftspfad (39.000,00 EUR)  
Vorlage: VO/2019/08137**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die von der Possehl-Stiftung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 35.000,00 EUR, 10.000,00 EUR, 23.000,00 EUR und 39.000,00 EUR werden angenommen.

*Der Hauptausschuss beschließt einstimmig  
gemäß Beschlussvorschlag.*

**zu 5.17 Freigabe für die Mehrkosten zur Umsetzung des 2. + 3. BA der Energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck, über 175.000,00 EUR  
Vorlage: VO/2019/07972**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

1) Die aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvF/S\_K03/47) mit rund 3,29 Mio. EUR bezuschusste Baumaßnahme des 2. + 3. BA der energetischen Sanierung wird mit

weiteren Mehrkosten von 1.701.734,- EUR fortgesetzt. Die Projektgesamtkosten „Energ. Sanierung Trakt 4 + 1; 2. + 3. BA im C.-J.-Burckhardt Gymnasium“ (PSK: 111029 307 7851000) in Höhe von 5.791.174,- EUR werden um 1.701.734,- EUR aufgestockt (Hauptausschuss).

- 2) Im Haushaltsjahr 2019 wird für das Projekt „C.-J.-Burckhardt Gymnasium“ - PSK: 111029 307 7851000 - Gebäudemanagement – eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000,- EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f Abs. 1 GO SH außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt aus dem PSK: 111029 356 7851 - Domschule, Grundinstandsetzung - Gebäudemanagement (Bürgerschaft).

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu 1) und empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu 2) zu entscheiden.***

<b>zu 5.18</b> <b>Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92</b> <b>Vorlage: VO/2019/07995</b>
--

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass der Bauausschuss einstimmig beschlossen habe, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

**Beschluss:**

Mit der Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92 wird begonnen.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.***

<b>zu 5.19</b> <b>Projektfreigabe zur Umsetzung der Sanierung der GGS Julius-Leber-Schule, Marquardplatz 7, 23554 Lübeck, über 175.000,00 EUR</b> <b>Vorlage: VO/2019/08071</b>
--

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Erteilung der Projektfreigabe auf der Grundlage der EW-Bau zur Fortsetzung der Planung der Instandsetzung und anschließende Durchführung der Arbeiten.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.***

<b>zu 5.20</b> <b>Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - Satzungsbeschluss</b> <b>Vorlage: VO/2019/08075</b>
--

Herr Stolzenberg berichtet, dass er darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass einige

Anregungen von Privaten im Rahmen des Bauleitverfahrens keine Berücksichtigung gefunden hätten. Insbesondere betreffe dies die vorhandene Jugendfreizeiteinrichtung.

Frau Schopenhauer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Eigentümer der Ladenzeile im Pinassenweg zugesichert habe, dass der jetzige Jugendtreff die Einrichtung weiter nutzen könne.

Herr Stolzenberg begrüßt die gute Vereinbarung, bemängelt jedoch gleichzeitig die damit geschaffene Abhängigkeit von Privaten. Im Rahmen des Bebauungsplanes hätte die Gelegenheit bestanden, entsprechende Vorgaben zu schaffen.

#### **Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft  
mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme),  
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<b>zu 5.21</b> Lübeck "Altstadt" - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme im Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz" Vorlage: VO/2019/08079
---

Keine Wortmeldung.

#### **Beschluss:**

1. Die Vorbereitende Untersuchung (VU) und das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (IEK) werden zur einheitlichen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ Lübeck beschlossen und der weiteren Umsetzung im Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ verbindlich zu Grunde gelegt.

Die aus dem IEK abgeleitete räumliche Abgrenzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ Lübeck wird als Sanierungssatzung gemäß §142 (3) BauGB beschlossen. Die Sa-

nierung soll in den, nach Inkrafttreten der Satzung, folgenden 15 Jahren durchgeführt werden.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.22 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2019 zur Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Brücken St.-Lorenz und Roter Löwe  
Vorlage: VO/2019/08107**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Im Haushaltsjahr 2019 werden in den Produkten

- 542001.076.785200 – Kreisstraßen – St.-Lorenz-Brücke, Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen, und
- 544001.040.785200 – Bundesstraßen – Straßenbrücke Roter Löwe, Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen,

für die Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Ersatzneubauten der St.-Lorenz-Brücke und der Brücke Roter Löwe gem. § 95 d (1) Gemeindeordnung für Schleswig- Holstein Haushaltsmittel in Höhe von 896.100,00 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 553001.029.7851000 Vorwerker Friedhof / Werkplatz.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.23 Freigabe zur Fortführung der Maßnahmen der Brandschutz- und Elektrosanierung in den Liegenschaftsstandorten B. Schröder-Schule und E.-Geibel-Schule über 175.000,- EUR sowie außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019  
Vorlage: VO/2019/08123**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

1. Im Haushaltsjahr 2019 werden für folgende Projekt Verpflichtungsermächtigungen in einer Gesamthöhe von 860.000 EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f (1) i.V.m. § 95 d (1) GO SH außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

B. Schröder-Schule 360.000,- EUR

E. Geibel-Schule 500.000,- EUR

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung auf dem Produktsachkonto 552001.554.7851000 – Bau von zwei Papierhallen am Skandinavienkai.

2. Die Fortsetzung der Maßnahmen „Brandschutz- und Elektrosanierungen der Standorte B. Schröder-Schule und E. Geibel-Schule“ wird freigegeben.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 5.24    Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung der OzD in ein Gesundheitszentrum über 175.000,00 Euro  
Vorlage: VO/2019/08028**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Die Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung in der OzD in ein Gesundheitszentrum, als direkt in Zusammenhang stehende Sportstätten, über 175.000,00 Euro wird erteilt.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.***

**zu 5.25    Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen  
Vorlage: VO/2019/08002**

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

Nach erfolgter Abstimmung wird durch Herrn Steffen angemerkt, dass es noch offenen Fragen zu dieser Vorlage aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses gebe. Herr Senator Schindler beantwortet die offenen Fragen wie folgt:

Es gab insgesamt 31 Verpflichtungserklärungen.

Es handelt sich um 22 Verpflichtungsgeber.

Auf 3 Verpflichtungsgeber trifft das Merkmal zu, dass diese nicht ausreichend finanziell leistungsfähig gewesen seien.

Weiterhin weist Herr Senator Schindler darauf hin, dass am 20.09.2019 noch drei weitere Fragen nachgereicht worden seien. Eine Beantwortung der nachgereichten Fragen bis zur heutigen Sitzung sei nicht möglich gewesen. Herr Senator Schindler sagt zu, die ausstehenden Antworten in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft mündlich vorzutragen.

**Beschluss:**

Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 - Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme - auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. 1. 2019 an.

**zu 5.26 Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020**

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem TOP NEU 8.3 zugeordnet.

- Protokollierung siehe unter TOP 8.3 -

**zu 5.27 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Produkt Rettungsdienst  
Vorlage: VO/2019/08144**

Keine Wortmeldung.

**Beschluss:**

Beim Produktsachkonto 127001.000.5458000 - "Rettungsdienst / Erstattung für Aufwendungen von Dritten, übrige Bereiche" werden für das Haushaltsjahr 2019 1.050.000 € zur Deckung von Mehraufwendungen überplanmäßig gem. § 95 d GO bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei den Personalkosten beim Produktsachkonto 126001.000.50xxxxx – „Gefahrenabwehr / Personalaufwendungen“.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1 Gendergerechte Sprache  
Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019**

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung dem TOP NEU 8.2 zugeordnet.

- Protokollierung siehe unter TOP 8.2 -

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

Es liegt nichts vor.

**zu 8 Gleichstellung**

**zu 8.1 Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung  
Vorlage: VO/2019/07898**

Es spricht Herr Stolzenberg.

Frau Senatorin Hagen teilt mit, dass bei zukünftigen Verträgen die Anmerkungen des Frauenbüros Berücksichtigung finden.

**Beschluss:**

Beschluss der Bürgerschaft vom 28.02.2019 zu Punkt 10.5, VO/2019/06862:

Die Lübecker Bürgerschaft spricht sich gegen diskriminierende und sexistische Werbung aus. Derartige Werbung darf keinen Platz haben auf städtischen Werbeanlagen. Die diesbezüglichen Empfehlungen und Richtlinien des Deutschen Werberats sind bei der Nutzung städtischer Werbeanlagen zu beachten.

Der Bürgermeister wird gebeten, der Lübecker Bürgerschaft zu berichten, welche Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung mit der Firma Wall und anderen Firmen, die die Werbeflächen der Hansestadt Lübeck und der städtischen Gesellschaften vermarkten, getroffen wurden.

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht  
zur Kenntnis.***

**zu 8.2 Gendergerechte Sprache  
Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019  
Vorlage: VO/2019/07922**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Vorbereitung einer entsprechenden Dienstanweisung bereits erfolgt sei. Eine Umsetzung könnte kurzfristig erfolgen.

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortmeldungen – Herr Krause, Frau Zunft, Herr Steffen, Frau Sasse, Frau Zunft und Herr Stolzenberg.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt zu, die Dienstanweisung nach Inkrafttreten dem Hauptausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Dienstanweisung enthalte eine Handreichung mit Hinweisen und Beispielen zur gendergerechten Schreibweise, welche den Fraktionsbüros zur Verfügung gestellt werden könne.

Es diskutieren im weiteren Verlauf Herr Steffen, Frau Hildebrand, der Vorsitzende, Herr Böhm und Herr Dr. Flasbarth.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft möge beschließen, alle Anträge gendergerecht zu formulieren. Auch auf städtischen Veranstaltungen, bei denen Grußworte gehalten werden, soll gendergerechte Sprache verwendet werden.

***Der Hauptausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich  
(9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen) an.***

<b>zu 8.3</b> <b>Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020</b> <b>Vorlage: VO/2019/08009</b>
---

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass es sich bei der Summe in Höhe von ca. 130.000 Euro um einen einmaligen Zuschuss handle. Einmalige Zuschüsse unterliegen nicht dem Konsolidierungsfond. Zudem handle es sich bei dem Projekt „Lübecker Stadtmütter“ um ein Projekt der Migration- und Flüchtlingsarbeit. Projekte der Migrations- und Flüchtlingsarbeit seien derzeit grundsätzlich beim Konsolidierungsfond ausgeschlossen, sodass dieser Beschluss den Konsolidierungsfond nicht belasten werde. Bei Zustimmung werde eine nachträgliche haushaltmäßige Ordnung erfolgen.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Dr. Flasbarth, Herr Stolzenberg, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Steffen.

**Beschluss:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Verein "Lübecker Stadtmütter e.V." im Haushaltsjahr 2020 einmalig 128.100 Euro für das dort laufende Integrationsprojekt zur Verfügung zu stellen.
2. Die Finanzierung dieser freiwilligen und zusätzlichen Maßnahme in Höhe von 128.100 € wird im Rahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2020 bei dem Produktsachkonto 331001000 5318001000 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, Zuschüsse für laufende Zwecke soziale oder ähnliche Einrichtungen durch die Bürgerschaft beschlossen.
3. Über eine weitere Finanzierung über 2020 hinaus wird im Rahmen der neu abzuschließenden Budgetverträge ab 2021 neu zu verhandeln sein.

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft  
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag  
zu entscheiden.***

<b>zu 9</b> <b>Verschiedenes</b>
----------------------------------

<b>zu 9.1</b> <b>NEU: mündliche Anmerkung des AM Rathcke (FDOP) betreffend die Teilnahme des Seniorenbeirates an nichtöffentl. Sitzungen</b>
--

Herr Rathcke teilt mit, dass die Teilnahme des Seniorenbeirates an den nichtöffentlichen Teilen der Sitzungen in den jeweiligen Fachausschüssen unterschiedlich gehandhabt werde. Er bittet hierzu um eine klare Positionierung des Bereiches Recht.

Frau Voskuhl weist darauf hin, dass durch den Hauptausschuss bereits im Jahr 2002 ein geeignetes Verfahren beschlossen worden sei.  
Der Vorsitzende sagt zu, dass das entsprechende Schreiben über das Büro der Bürgerschaft allen Ausschussgeschäftsführern übersandt werde.

Es sprechen Herr Krause und Herr Cladow.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

<b>zu 10      Ende des öffentlichen Teils</b>
---

Der Vorsitzende schließt um 18:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.  
Die Sitzung wird um 18:46 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

<b>zu 16      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
---

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Lübeck, den 27. November 2019

Peter Petereit  
Vorsitzende/r

Nadine Markmann  
Protokollführung